

Projektgruppe „Marburger Aktionsplan“ - Erstellen eines Handlungskonzeptes zur Stärkung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Universitätsstadt Marburg

Protokoll - Arbeitstreffen am 03.05.2016

Teilnehmende Projektgruppenmitglieder

- Dr. Heinz-Willi Bach (DVBS e.V., Mitglied des Behindertenbeirates)
- Roland Böhm (Bundesvereinigung Lebenshilfe e.V., MdB)
- Iris Demel (Der PARITÄTISCHE LV Hessen, MdB)
- Bernd Duve-Papendorf (Sozialverband VdK)
- Peter Günther (Freiwilligenagentur, MdB)
- Stefanie Ingiulla (Philipps-Universität, MdB)
- Heike Klewinghaus (Stadt Marburg, Fachdienst Soziale Leistungen)
- Anneliese Mayer (Verein zur Förderung der Inklusion behinderter Menschen, MdB)
- Rita Schroll (Hessisches Koordinierungsbüro, MdB)

Netzwerkpartnerinnen und -partner als Gäste

- Dr. Christine Amend-Wegmann (Stadt Marburg, Gleichberechtigungsreferat)
- Heike Klewinghaus (Stadt Marburg, Fachdienst Soziale Leistungen)
- Ute Mölter (blista)

Projektgruppenleitung und Protokoll

- Monique Meier (Stadt Marburg, Sozialplanung)

Tagesordnung

- TOP 1 - Begrüßung und aktueller Stand
- TOP 2 - Handlungsfeld: Arbeit und Beschäftigung
- TOP 3 - Weiterarbeit

TOP 1 - Begrüßung und aktueller Stand

- Frau Meier begrüßt die anwesenden Projektgruppenmitglieder und die Gäste, Frau Dr. Amend-Wegmann vom städtischen Gleichberechtigungsreferat und Frau Mölter von der blista
- Frau Klewinghaus ist Mitglied der Projektgruppe und wird in der heutigen Sitzung als Expertin Handlungsansätze zu dem Handlungsbereich Aktivierung & Beschäftigung im SGB XII thematisieren
- Herr Dr. Bach (DVBS e.V., Mitglied des Behindertenbeirates) ist neues Mitglied der Projektgruppe und wird zukünftig an der Erarbeitung des Aktionsplanes mitwirken
- Ziel des heutigen Arbeitstreffens: Handlungsansätze zur verbesserten Teilhabe im Handlungsfeld Arbeit und Beschäftigung entwickeln
- Frau Meier stellt zunächst den aktuellen Stand der Erstellung des Gesamtkonzeptes vor, die bisher vorgelegten Handlungsansätze wurden den Mitgliedern im Vorfeld der Arbeitssitzung zugeschickt

- die Beteiligungsphase für die externen Kooperationspartner/-innen endet am 9. Mai, einige Akteure haben um Fristverlängerung gebeten
- es haben seit dem letzten Projektgruppentreffen weitere Kooperationsgespräche und -treffen stattgefunden
- die Sozialplanung hat das Vorhaben in der Teamsitzung des städtischen Personalservice vorgestellt, Fragestellung: Was kann zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung getan werden? Verbesserung der Teilhabe für Beschäftigte und zukünftig Beschäftigte, barrierefreie Arbeitswelt, auch weitere Aspekte - die Stadtverwaltung betreffend - sind wichtig: Durchführen von Wahlen, Organisation von Veranstaltungen, Fortbildungen der Beschäftigten etc. → der Fachdienstleiter Herr Finger wird bei der nächsten Projektgruppensitzung zu diesen Themen zu Gast sein, zudem wird Frau Hilberger von den Technischen Diensten der Stadt an der nächsten Arbeitssitzung teilnehmen
- es gab ein Treffen der Sozialplanung mit dem Internationalen Bund, Jugendmigrationsdienst, Frau Leowald, Überlegung eines Handlungsansatzes für Menschen mit Migrationshintergrund, die eine Behinderung haben, Ausarbeitung folgt
- Kooperationstreffen der Sozialplanung mit dem Reha-Team des KreisJobCenters, der Handlungsansatz wird sich auf Personengruppe der Menschen mit psychischen Behinderungen beziehen, hier gibt es einen Handlungsbedarf, Ausarbeitung folgt
- aktueller Stand des Fragebogens für Betroffene (barrierefreie Gestaltung): Frau Schroll hat den Fragebogen mit Frau Hühnlein entsprechend überarbeitet, Herr Böhm hat seinen Kollegen Herrn Nolte bei der Lebenshilfe wegen der Übersetzung in leichte Sprache kontaktiert, Ergebnis liegt noch nicht vor
Ziel: der Fragebogen wird nach der Rückmeldung von der Lebenshilfe durch Frau Hühnlein an die Behindertenverbände verschickt

TOP 2 - Handlungsfeld: Arbeit und Beschäftigung

- gemeinsames Ziel der heutigen Sitzung: es werden Handlungsbedarfe thematisiert, Ideen gesammelt und es sollen gemeinsam Handlungsansätze für den Aktionsplan überlegt werden
- zu dem Handlungsfeld liegen bereits Ansätze der Jugendberufshilfe zum Übergang Schule-Beruf vor, ein Ansatz des städtischen Referates für Stadt-, Regional- und Wirtschaftsentwicklung bzgl. des Kontaktes mit Unternehmen und ein Beitrag der Agentur für Arbeit
- weitere Ansätze folgen vom Integrationsfachdienst (IFD) hinsichtlich der Einführung von Fallbesprechungen, von der Lebenshilfe und dem KreisJobCenter (KJC)
- von Frau Dr. Amend-Wegmann liegen bereits Handlungsansätze (auch in anderen Handlungsfeldern) vor, u.a. zur „Förderung von Frauen mit Behinderungen bzw. von Frauen, die von Behinderung bedroht sind innerhalb der Stadtverwaltung“
- das Gleichberechtigungsreferat plant eine Erweiterung des Frauenförderplans um Maßnahmen zur Förderung von Frauen mit Behinderungen bzw. von Frauen, die von Behinderungen bedroht sind
- heute in der Gruppe sollen weitere Ansätze und Ideen besprochen werden, ein Ansatz ist eine Integrationsvereinbarung der Dienststelle
- bei der Erarbeitung einer solchen Integrationsvereinbarung ist das Einbeziehen des Personalservice, des Personalrates und der Schwerbehindertenvertretung notwendig
- Unterstützung bei der Erarbeitung einer solchen Integrationsvereinbarung kann über den LWV, den IFD und die Fachleute der Projektgruppe/Mitglieder des Behindertenbeirates erfolgen
- Frau Meier wird Herrn Hagenbring als Schwerbehindertenvertretung der Stadt zur nächsten Projektgruppensitzung einladen

- es wird einen gemeinsamen Ansatz der städtischen Jugendförderung und des Gleichberechtigungsreferates zum Girls- und Boys-Day geben, das Angebot steht zwar allen offen, die Erfahrung zeigt jedoch, dass eine Hemmschwelle für junge Menschen mit Behinderungen besteht
 - Frau Klewinghaus stellt den Bereich der Aktivierung und Beschäftigung im SGB XII und das Angebot „Raus ins Leben“ vor, welches bereits im Teilhabebericht vorgestellt wurde
 - es gibt Ansätze zur weiteren Sensibilisierung aller Arbeitsmarktakteure, der Arbeitsplatz wird an den Menschen angepasst, Arbeitgeber sind meist offen
 - ein Handlungsansatz ist eine weitreichende Sensibilisierung aller lokalen Akteure, den Arbeitsbedarf dieser Personengruppe betreffend
 - Austausch über Werkstätten für Behinderte, nachhaltige Betreuung möglich, (Hintergrund: Teil der „Raus ins Leben“-Teilnehmenden hat Werkstattberechtigung)
 - Austausch über die Betreuung durch Integrationshelfer/innen, Begleitung durch Integrationsassistenten, den gesicherten Rahmen durch einen Außenarbeitsplatz für Werkstattberechtigte
 - Wunsch eines Arbeitgeberzuschusses ist nicht umsetzbar, Wunsch nach einem angemessenen Entlohnungssystem für SGB XII-Leistungsberechtigte, die beginnen „wirtschaftlich verwertbare Leistungen“ zu erbringen, aber aufgrund ihrer Einschränkungen nicht auf den allgemeinen Arbeitsmarkt wechseln können
 - das Angebot „Raus ins Leben“ benötigt keine zusätzlichen Fördergelder (ESF-, EU-Gelder etc.), dadurch ist Angebot dauerhaft und nachhaltig
 - Frau Klewinghaus berichtet, dass sich bisher keine Menschen mit Sehbehinderungen bei „Raus ins Leben“ gemeldet haben, Projektgruppenmitglieder wollen Gründe bei Betroffenen erfragen
 - Raus ins Leben ist nicht weitreichend bekannt, Anregung aus der Projektgruppe das Angebot insbesondere auch innerhalb der Stadtverwaltung bekannter zu machen
 - Frau Mölter von der blista stellt die inklusive Ausbildung im IT-Bereich vor, fachliche Unterstützung, Kooperation mit Banken und Firmen
 - Austausch über Wirtschaftlichkeit, „versuchen und sich probieren dürfen“, Möglichkeit von Stellenteilungen, Notwendigkeit einer Öffentlichkeitsarbeit
 - Ansatz des Coachings bekannter machen, Probezeit für den Einzelnen und das Team, nach dem Motto „Man muss auch scheitern dürfen.“
- **Zusammenfassung der Sitzung, Ansätze:**
- Integrationskonzept für die Dienststelle Stadtverwaltung Marburg
 - SGB XII: Sensibilisierung der lokalen Akteure hinsichtlich des Arbeitsbedarfes der Personengruppe im SGB XII (Angebot Raus ins Leben)
 - Informationen systematischer sammeln und in der Stadtverwaltung Angebote wie Raus ins Leben bekannt machen
 - Inklusive Ausbildungen, Coaching bekannt machen, begleiteter Matching-Prozess
- die Handlungsansätze werden von den Verantwortlichen formuliert, an die Sozialplanung geschickt und in den Aktionsplan aufgenommen

TOP 3 - Weiterarbeit

- am 10.05. findet ein Kooperationsstreffen zwischen der Stadt und der Ev. Hochschule Darmstadt statt
- Frau Anneliese Mayer ist Lehrbeauftragte an der Hochschule und plant eine Studie zu der Lebenssituation und den geschlechtsspezifischen Bedarfen von Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigungen
- an dem Kooperationsstreffen nehmen Frau Prof. Dr. Gerner von der EHD,
- Frau Mayer, Frau Dr. Amend-Wegmann (Gleichberechtigungsreferat der Stadt) und Frau Meier (Sozialplanung) teil

- am 11.05. findet das Netzwerktreffen Inklusion im Mütterzentrum statt, zu dem Frau Meier eingeladen worden ist, um den Erarbeitungsprozess des 1. Marburger Aktionsplanes vorzustellen und es sollen weitere Ideen für Handlungsansätze entwickelt werden
- bei dem nächsten Arbeitstreffen am 9. Juni 2016 wird es im Schwerpunkt einen Austausch zum Wirkungsfeld der „Stadtverwaltung“ geben, Was kann und sollte zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen innerhalb der Stadtverwaltung getan werden?
- Herr Finger als Leiter des städtischen Fachdienstes „Personal-, Organisations- und Beteiligungsmanagement inklusive Wahlen“ wird zu Gast sein und Frau Hilberger von den Technischen Diensten (Handlungsbereich: Kommunikation und Information)
- Herr Hagenbring als Schwerbehindertenvertretung wird für den 9. Juni von der Sozialplanung eingeladen
- (Anmerkung Stand 12.05.: es wird ein Kooperationsstreffen von Herrn Hagenbring und der Sozialplanung am 8. Juni geben, die Teilnahme der Schwerbehindertenvertretung für die Projektgruppensitzung am 9. Juni ist aufgrund eines Paralleltermines noch nicht geklärt)
- der Themenschwerpunkt für den übernächsten Termin steht noch nicht fest
- es wird eine eigene Arbeitssitzung zu den Leitideen der 9 Handlungsfelder geben, diese müssen für den Aktionsplan kurz und knapp formuliert werden

nächste Termine

- **Donnerstag, 9. Juni 2016, 16 bis 18 Uhr**
Thema: Was kann und sollte zur Verbesserung der Teilhabe von Menschen mit Behinderungen in der Stadtverwaltung getan werden?

Gäste:
 - Herr Finger, Leitung des städtischen Fachdienstes „Personal-, Organisations- und Beteiligungsmanagement mit Wahlen und Stadtarchiv
 - Frau Doris Hilberger, Mitarbeiterin des städtischen Fachdienstes „Technische Dienste“
 - Schwerbehindertenvertretung der Stadt (noch keine feste Zusage)
- **Mittwoch, 22. Juni 2016, 16 bis 18 Uhr**
Themenschwerpunkt steht noch nicht fest

Unterlagen und Protokolle: <https://www.marburg.de/sozialplanung> (→ Teilhabe)

Anlagen zum Protokoll

Anlage 1 – Dokument für einen Handlungsansatz

Anlage 2 – Inhaltsverzeichnis des Aktionsplanes, aktueller Zwischenstand im Erarbeitungsprozess

Anlage 1 – Dokument für einen Handlungsansatz

Handlungsfeld: „.....“

Handlungsansatz: „.....“

<p>Beschreibung Wer Ist-Stand Bedarf ...</p>
--

Erwartete Auswirkungen, Ziele

<ul style="list-style-type: none">• ...•

Kooperation, Mit wem?

<ul style="list-style-type: none">••

Kontakt und Ansprechperson

....	<p><i>Ansprechperson</i></p> <p><i>Adresse</i></p> <p><i>Tel.:</i></p> <p><i>E-Mail:</i></p>
------	--

Anlage 2 – Inhaltsverzeichnis des Aktionsplanes, aktueller Zwischenstand im Erarbeitungsprozess

Vorwort

Einführung

1. Handlungsfeld: Bildung

1.1 Handlungsbereich: Elementare Bildung

- Weiterentwicklung der Kindertageseinrichtungen (Rahmenvereinbarung)
- Umsetzung erarbeiteter Standards in städtischen KITA-Einrichtungen
- Fachberatung Integration/Unterstützung von Familien
- Weiterentwicklung Integrationskonferenzen Stadt und Landkreis

1.2 Handlungsbereich: Schulische und außerschulische Bildung

1.2.1 Vom Förderbedarf unabhängige Bereitstellung von räumlich-sächlichen Ressourcen für alle Bildungsgänge

- Kooperationen Förderschulen und allgemeine Schulen
- Gemeinsamer Unterricht an Beruflichen Schulen

1.3 Handlungsbereich: Erwachsenenbildung

1.3.1 Barrierefreie Volkshochschule

1.3.2 Inklusives Hochschulstudium an der Philipps-Universität

- Inklusive Freiwilligendienste

2. Handlungsfeld: Arbeit und Beschäftigung

2.1 Optimierung der Einzelfallhilfe in der Jugendberufshilfe

- Berufsorientierung für Mädchen und Frauen mit Behinderungen
- Sensibilisierung von regionalen Unternehmen und mehr Beschäftigungsangebote schaffen
- Förderung von Frauen mit Behinderungen bzw. von Frauen, die von Behinderung bedroht sind innerhalb der Stadtverwaltung

2.5 Mehr Arbeitsmöglichkeiten (Ausbildung und Beschäftigung) für Menschen mit Behinderung schaffen

2.6 Verbesserung der Integration von schwerbehinderten Menschen mit psychischer Beeinträchtigung im Leistungsbezug des SGB II

- IFD – Fallbesprechungen einführen
- Inklusionspraktikumsplätze
- Weitere Aktivierung der Menschen im SGB XII
- psychiatrisches Versorgungssystem – Peerberatung
- Werkstätten

3. Handlungsfeld: Bauen, Wohnen und Mobilität

3.1 Umsetzung des Marburger Wohnraumversorgungskonzeptes

3.2 Barrierefreies Bauen und barrierefreie Ausstattung als Standards

- Runde Tische zu Hochbaumaßnahmen und Verkehrsprojekten
- Gemeinschaftliches Wohnen, zusätzliche Begegnungsmöglichkeiten
- Wohnen zu Hause bei Pflegebedarf, Unterstützung, Assistenz
- ganzheitliche Quartiersentwicklung

3.5 Barrierefreiheit der Universitätsgebäude

Barrierefreie Bushaltestellen im Stadtgebiet

- barrierefreier öffentlicher Personennahverkehr
- Dynamisches Fahrgastsystem an Bushaltestellen

4. Handlungsfeld: Freizeit, Sport und Kultur

4.1 Qualifizierungs- und Beratungsprogramm für Sportvereine

- Sportentwicklungsplan, Förderung von Menschen mit Behinderung und Vereinen, Sportförderrichtlinien und der Bau von Sportanlagen
- Barrierefreie Sportanlagen, vereinseigene Anlagen baulich weiter verbessern
- Ausbau weiterer inklusiver Veranstaltungen
- Inklusive Angebote in den städtischen Bädern
- Barrierefreier Zugang zu Kulturangeboten und Sehenswürdigkeiten
- Pilotprojekte Kultur und Inklusion
- Inklusion in Einrichtungen, wie Museen und Theater
- Ansatz: inklusiver Kulturführer (gedruckt und audiovisuell)
- Ausbau der Fort- und Weiterbildung der Gästeführerinnen und Gästeführer

5. Handlungsfeld: Gesundheit und Pflege

5.1. Handlungsbereich: Gesundheit

5.1.1 Verbesserung der ambulanten medizinischen Versorgung von Menschen mit eingeschränkter Mobilität, insbesondere die gynäkologische Versorgung für Frauen in Marburg

5.1.2 Datenbank zur barrierefreien psychologischen Betreuung

5.2 Handlungsbereich: Pflege

- Ambulante (Nacht-) Pflege verbessern - Pflegekonzept
- Sozialraumanalyse Versorgungssystem

6. Handlungsfeld: Kommunikation und Information

6.1 Informationsvermittlung in der Stadtbücherei

6.2 Barrierefreies Studienmaterial und Studienmanagement

- Anlagen zu Bewilligungsbescheiden in leichter Sprache
- Weiterentwicklung des Wegesystems in allen öffentlichen Gebäuden
- barrierefreie Öffentlichkeitsarbeit, Berichte und Broschüren, Internetauftritt
- Wunsch einer Beschwerdestelle, Möglichkeit Verbesserungen anzuregen
- Veranstaltung - Inklusion erlebbar machen

7. Schutz der Persönlichkeitsrechte

7.1 Stärkung von Frauen und Mädchen mit Behinderung in Hinblick auf Gewalt (Gewaltprävention, Beratung nach Gewalterfahrungen)

7.2 Barrierefreie Beratung von Frauen mit Behinderungen bei sexualisierter Gewalt und Belästigung

- Stärkung der Selbstbestimmungsrechte M. mit psychischen Behinderungen

8. Interessenvertretung

- Kinder- und Jugendparlament
- Barrierefreie Wahlen (Zugänge zu den Wahlbüros, leichte Sprache etc.)
- Beteiligung von Menschen mit Behinderungen an Planungsprozessen

8.2 Stärkung und Ausbau der Selbsthilfe

Verein für Selbstbestimmung und Betreuung

- Sicherstellung der Beteiligung des Behindertenbeirates

9. Handlungsfeld: Statistik und Datensammlung

9.1 Berichterstattung als Grundlage der Teilhabeplanung

9.2 Studie zur Lebenssituation und den geschlechtsspezifischen Bedarfen von Mädchen und Frauen mit Beeinträchtigungen